

Wahlprogramme Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik | 22.08.2013 | Lesezeit 2 Min.

## Und noch 'n Gesetz

Für die nächste Legislaturperiode haben sich die großen Parteien auf den Gebieten Bildung und Arbeitsmarkt einiges vorgenommen. Doch während etwa die Pläne zur frühkindlichen Förderung zumindest in Teilen sinnvoll sind, zeugen viele Vorschläge in Sachen Arbeitsrecht von einer wahren Regulierungswut.

	CDU CSU	FDP	SPD	Grüne Die Grünen	DIE LINKE.
Frühkindliche Förderung und Schulen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Betreuungsgeld</li> <li>• Bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung</li> <li>• Vielfalt der Bildungswege, Bestandsgarantie für Gymnasium</li> <li>• Deutschlandweite gemeinsame Prüfungsstandards</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wissenschaftliche Evaluation des Betreuungsgelds</li> <li>• Bedarfsgerechter Ausbau von Kindertagesstätten, höhere Qualität der Bildungsinhalte</li> <li>• Gebührenfreiheit für Kita-Leiter</li> <li>• Gleichstellung von Betriebs- und privaten Kindergärten mit öffentlichen Einrichtungen</li> <li>• Selbstverwaltete und eigenverantwortliche Schule</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung des Betreuungsgelds</li> <li>• Bedarfsgerechter Ausbau von Kindertagesstätten, höhere Qualität der Bildungsinhalte</li> <li>• Gebührenfreiheit</li> <li>• Anspruch auf Ganztagsbetreuung</li> <li>• Längeres gemeinsames Lernen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung des Betreuungsgelds</li> <li>• Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung</li> <li>• Hochschulabschluss mindestens einer Betreuungsperson pro Gruppe in Kitas/Kindergärten</li> <li>• Bundesweite Mindestqualitätsstandards (weniger Kinder je Betreuer)</li> <li>• Längeres gemeinsames Lernen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung des Betreuungsgelds</li> <li>• Ganztagsbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten</li> <li>• Ausbildung der Erzieher/innen auf Hochschulniveau</li> <li>• Kostenfreies Mittagessen in Kitas</li> <li>• Abschaffung des gegliederten Schulsystems</li> </ul>
Berufliche Bildung und Hochschulen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Exportmodell duale Ausbildung</li> <li>• Anpassung des BaFög an die Lebenshaltungskosten sowie an veränderte Bildungswege</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung des Bildungsparens zur Stärkung lebenslangen Lernens</li> <li>• Ausbau Deutschlandstipendium</li> <li>• Abkoppelung des BaFög vom elterlichen Einkommen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Solartprogramm „1. Chance auf Berufsausbildung“</li> <li>• Branchenbezogene Ausbildungsfonds</li> <li>• Berufsausbildungsgarantie</li> <li>• Abschaffung Deutschlandstipendium</li> <li>• Bedarfsgerechter Ausbau des BaFög</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Programm „Dual Plus“</li> <li>• Zusätzliche Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Einrichtungen</li> <li>• Abkoppelung des BaFög vom elterlichen Einkommen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbildungsumlage</li> <li>• Branchenfonds Weiterbildung</li> <li>• Abkoppelung des BaFög vom elterlichen Einkommen</li> <li>• Abschaffung des Biologysystems</li> <li>• Keine Zulassungsbefreiungen zum Studium</li> <li>• Keine Studiengebühren</li> </ul>

Übersichtstabelle: Wahlprogramme der Parteien

Dass die Arbeitsmarktchancen junger Menschen nicht zuletzt von einer guten Förderung im Kindesalter abhängen, bestätigen die Politiker aller Parteien. Doch wie eine optimale Bildung und Betreuung aussieht, ist höchst umstritten.

### Pro und kontra Betreuungsgeld

Dies beginnt schon bei den ganz Kleinen. Für deren Eltern gibt es seit dem 1. August 2013 das Betreuungsgeld – welches SPD, Grüne und Linke aber wieder abschaffen möchten (Tableau). Die Union hält daran fest; die FDP will die Leistung wissenschaftlich evaluieren lassen. Nach den bisher vorliegenden Studien gilt es als wahrscheinlich, dass aufgrund des Betreuungsgelds vor allem weniger gut ausgebildete Eltern ihre Kinder seltener in eine Kita schicken werden.

Einigen können sich alle Parteien zumindest darauf, dass die frühkindliche Förderung ausgebaut werden soll. Sozialdemokraten, Linke und Grüne haben sogar einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Visier. Wenn es nach FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei geht, werden die Kleinen in den Kitas und Kindergärten künftig verstärkt von akademisch ausgebildetem Personal betreut.

Veränderungen könnten auch im Schulsystem anstehen – jedenfalls wollen Grüne, Linke und SPD, dass alle Kinder länger als bisher gemeinsam lernen, während sich CDU/CSU für vielfältige Bildungswege aussprechen.

## Mehr Bildungsbürokratie droht

Die Union betont zudem den Vorbildcharakter der dualen Berufsausbildung für andere Länder; die Parteien aus dem linken Spektrum halten dagegen Verbesserungen für notwendig und fordern branchenbezogene Aus- oder Weiterbildungsfonds, die von Gewerkschaften und Arbeitgebern getragen werden und zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen sollen. Diese Fonds dürften angesichts der künftig sinkenden Zahl an Ausbildungsbewerbern nur wenig nutzen – aber viel bürokratischen Aufwand bedeuten.

Arbeitsmarktpolitik: Viele neue Vorschriften					
	CDU CSU	FDP	SPD	Bündnis 90 Die Grünen	DIE LINKE
Arbeitsrecht	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung einer Großteilzeit</li> <li>• Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit</li> <li>• Unterstützung der Tarifparteien bei Umsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in der Zeitarbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhalt flexibler Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und befristete Beschäftigung</li> <li>• Erleichterte Befristungsmöglichkeit durch Lockerung des Vorbeschäftigungsverbots</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit</li> <li>• Abschaffung sachgrundloser Befristung</li> <li>• Zeitarbeit/Verbot der Befristung sowie der Kopplung an einen bestimmten Arbeitseinsatz, gesetzlicher Gleichbehandlungsgrundsatz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit</li> <li>• Abschaffung sachgrundloser Befristung</li> <li>• Gleichbehandlungsgrundsatz für Zeitarbeit</li> <li>• Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung bei Einsatz von Zeitarbeit und Werkverträgen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau des Kündigungsschutzes durch Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen</li> <li>• Beschränkung befristeter Beschäftigung</li> <li>• Verbot der Zeitarbeit</li> <li>• Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung u.a. bei Werkverträgen, Sellen- und Einsatzplanung</li> </ul>
Chancengleichheit von Männern und Frauen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prüfung von Transparenzpflichten bei Entgelten</li> <li>• Verpflichtung zur Flexi-Quote bei der Besetzung von Vorstands- und Aufsichtsratspositionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entgeltgleichheitsgesetz</li> <li>• Verbindliche 40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entgeltgleichheitsgesetz</li> <li>• Verbindliche Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände</li> <li>• Gleichstellungsgesetz für Privatwirtschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbandsklagerecht</li> <li>• Gleichstellungsgesetz für Privatwirtschaft</li> <li>• Verbindliche 50-Prozent-Geschlechterquote für alle Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst</li> </ul>
Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung von Konzepten zur Gesundheitsförderung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Orientierung der Hinzuverdienstmöglichkeiten beim ALG II an der Idee des Bürgergelds</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anti-Stress Verordnung</li> <li>• Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anti-Stress Verordnung</li> <li>• Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anti-Stress Verordnung</li> <li>• Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor</li> </ul>

Ordnungspolitiken: Wahlprogramme der Parteien

© 2013 Die Linke

Noch stärker wollen die Parteien – mit Ausnahme der FDP – in den Arbeitsmarkt eingreifen, und das, obwohl der sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt hat. So befürworten Union, Sozialdemokraten und Grüne ein gesetzliches Recht der Beschäftigten, von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Unbeachtet bleibt dabei, dass die Unternehmen den entsprechenden Wünschen ihrer Beschäftigten bereits heute meist nachkommen (vgl. iwd 31/2013).

### **Linke Parteien wollen „entfristen“**

SPD, Grüne und Linke plädieren darüber hinaus für deutliche Einschränkungen von befristeten Jobs – was allerdings gerade jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben erschweren könnte. Mehr Regulierung kündigen die linken Parteien auch auf dem Gebiet der Zeitarbeit an.

Ein weiteres zentrales Thema in den Wahlprogrammen ist die Verbesserung der Beschäftigungschancen von Frauen. Dazu wollen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen und verbindliche Geschlechterquoten in den Entscheidungsgremien der Unternehmen durchsetzen. Die Union will die Firmen verpflichten, sich selbst eine Quote zu geben. Die Linke fordert sogar einen 50-prozentigen Frauenanteil in allen Gehaltsgruppen des öffentlichen Dienstes. Diese Vorschläge gehen jedoch an den eigentlichen Ursachen der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen – wie unterschiedliche Qualifikationen oder der bei Frauen höhere Anteil an Teilzeitkräften – völlig vorbei (vgl. iwd 11/2013).

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Für die nächste Legislaturperiode haben sich die großen Parteien auf den Gebieten Bildung und Arbeitsmarkt einiges vorgenommen.
- Einigen können sich alle Parteien darauf, dass die frühkindliche Förderung ausgebaut werden soll.
- Veränderungen könnten auch im Schulsystem anstehen – Grüne, Linke und SPD wollen, dass alle Kinder länger als bisher gemeinsam lernen, während sich CDU/CSU für vielfältige Bildungswege aussprechen.